



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Barbara Danlos
Anschrift Pannewiese 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 2557824
Fax (0202) 563-5223
E-Mail barbara.danlos@cdu-wuppertal.de

*An den Vorsitzenden des Schulausschusses,
Herrn Peter Engelmann
Herrn Oberbürgermeister Peter Jung*

Datum 25.10.2005

Antrag

Drucks. Nr. VO/1299/05
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
25.10.2005	Schulausschuss
09.11.2005	Hauptausschuss
14.11.2005	Rat der Stadt Wuppertal

Schulbezirksgrenzen sind Aufgabe kommunaler Selbstverwaltung

Sehr geehrter Herr Engelmann,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die nordrhein-westfälische Landesregierung beabsichtigt, im Rahmen des neuen Schulgesetzes den Kommunen die Möglichkeit zur Ausübung eines bis 2008 befristeten Optionsrechts zur Abschaffung der Schulbezirksgrenzen im Primar- und Berufsbildungsbereich einzuräumen.

Aus diesem Anlass beantragt die CDU-Fraktion, der Rat der Stadt Wuppertal möge folgende Resolution an die Landesregierung beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal begrüßt das Vorhaben der Landesregierung, die Qualität des Bildungswesens durch Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, Leistungsorientierung und mehr Wettbewerb zu verbessern.

Wettbewerb zwischen den Schulen des Primarbereichs setzt für alle Schulen, die sich dieser Aufgabe und damit den Regeln von Angebot und Nachfrage stellen müssen, gleiche Zugangschancen zum „Bildungsmarkt“ voraus und erfordert gleiche Bedingungen.

In den 396 Städten und Gemeinden unseres Landes gibt es auch im Primarbereich eine große Vielfalt unterschiedlicher Schulprofile, die den differenzierten Gegebenheiten und Anforderungen vor Ort und innerhalb unserer Städte und Gemeinden Rechnung trägt.

Auch die Stadt Wuppertal ist wie andere Großstädte des Landes bestrebt, diese Vielfalt zu erhalten und weiter zu entwickeln, die Qualität der Rahmenbedingungen für Lernende und Lehrende im Rahmen ihrer kaum noch vorhandenen finanziellen Ressourcen zu verbessern und trotz erheblich zurückgehender Schülerzahlen in Folge der demographischen Entwicklung ein wohnortnahes und leistungsstarkes Schulangebot unter Berücksichtigung der vorhandenen Schulraumkapazitäten und ihres baulichen Zustandes zu gewährleisten.

Der Rat der Stadt Wuppertal hat im Rahmen des Prozesses der Anpassung der örtlichen Grundschulentwicklungsplanung an die demographische Entwicklung parteiübergreifend erfahren müssen, wie unzureichend und inflexibel die vorhandenen Planungsinstrumente sind.

Die derzeitige Situation in Wuppertal und allen anderen Städten unseres Landes erfordert auch in der Schulorganisation mehr denn je flexible Steuerungs- und Planungsinstrumente, die es den kommunalen Vertretungskörperschaften ermöglichen, maßgeschneiderte orts- und stadtteilgerechte Schullösungen für lokal unterschiedliche Bedürfnisse zu finden.

Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Landesregierung daher auf, die Entscheidung über die Abschaffung oder Beibehaltung von Schulbezirksgrenzen den örtlichen Schulträgern im Rahmen ihrer Organisations- und Satzungscompetenz selbst zu überlassen.

Diese Frage bedarf keiner landeseinheitlichen Regelung. Das Ziel der Landesregierung, die Entbürokratisierung auch im Bildungswesen voranzutreiben und die Selbständigkeit der Schulen zu stärken, findet in der Herstellung der Selbständigkeit der Schulträger in Planungs- und Organisationsfragen seine spiegelbildliche Entsprechung.

Die Städte und Gemeinden unseres Landes bedürfen daher nicht der Einräumung eines befristeten Optionsrechtes zur Abschaffung oder Beibehaltung von Schulbezirksgrenzen, sondern einer eigenverantwortlichen Regelungskompetenz zur kommunalen Schulorganisationsplanung.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Simon
Fraktionsvorsitzender

c/o:
Herrn Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers
Frau Ministerin Barbara Sommer
Herrn Minister Dr. Ingo Wolf